



Dietfurt mit dem «Fabrikloster» Marienheim in der Mitte, fotografiert 1955.

Bild: Werner Friedli/ETH-Bibliothek/Bildarchiv



Die jungen Frauen arbeiteten täglich in zwei Schichten in der Spinnerei. Symbolbild: Imago

## Ausgebeutet für die Bührle-Spinnerei

Jahrelang haben Schweizer Gemeinden junge Frauen zur Fabrikarbeit in Dietfurt gezwungen. Der Kanton plant keine eigene Aufarbeitung.

Adrian Vögele

«Das muss jetzt endlich auf den Tisch.» Elfriede Steiger, Zürcherin mit Rheintaler Wurzeln, sagte es in einem viel beachteten Artikel des «Beobachters», erschienen im vergangenen August. Die Recherche legte offen, wie in der Nachkriegszeit Hunderte junge Frauen aus der ganzen Schweiz von Fürsorgeämtern nach Dietfurt im Toggenburg geschickt wurden. 1954 traf es auch Elfriede Steiger.

Die Frauen, alle zwischen 16 und 20 Jahre alt, werden zwangsweise im Marienheim untergebracht, einem «Fabrikloster». Sie müssen in der Spinnerei und Weberei Dietfurt AG arbeiten, die dem Grossindustriellen Emil Bührle gehört. Wer flieht, wird polizeilich gesucht. «Wir waren ein Produkt, das man ausnutzen konnte», so Steiger. «Die Stadt Zürich hat mit uns Mädchen einen regelrechten Handel betrieben. Und mich an Bührle ausgeliefert.»

### «Uns wurden Makel angehängt»

Viele Mädchen im Heim seien keineswegs «schwer erziehbar» gewesen, heisst es im Artikel weiter. «Dieser Makel wurde uns angehängt, um den Freiheitsentzug zu rechtfertigen», sagt Steiger. Manche der jungen Frauen hätten uneheliche Kinder gehabt, die ihnen weggenommen worden seien. «Andere hatten eine schwierige Ver-

gangenheit. Eine ist vom Stiefvater missbraucht worden, eine war lesbisch.» Steiger selber stammt aus einer Familie mit vier Kindern, das Geld reichte nicht für alle. Die Mutter musste unterschreiben, dass sie ihre zwei jüngsten Kinder weggeben wolle. Statt in ein «geeignetes Erziehungsheim», wie von den Behörden behauptet, wurde Elfriede Steiger nach Dietfurt eingewiesen – faktisch als Zwangsarbeiterin.

Bührle bezahlte zwar Löhne, die aber fast vollständig für Kost und Unterkunft zurückbehalten wurden. Das Heim führten Ingenbohler Schwestern mit strenger Hand. Ausserhalb der Schichten in der Fabrik mussten die internierten jungen Frauen Haushalts- und Gartenarbeit verrichten, regelmässig beten – und am Sonntag in Zweierkolonne zum Gottesdienst marschieren. Elfriede Steiger beschreibt Letzteres im «Beobachter» als Spiessrutenlauf: «Das ist mir noch heute ein Trauma. Wir waren für die Leute die verdorbenen Mädchen. Wir waren zu unterst in der Hierarchie, alle blickten auf uns herab.» Viele junge Mädchen seien an ihrer Internierung in Dietfurt zerbrochen.

### Kritische Fragen im St. Galler Kantonsrat

Dass die bislang weitgehend unbekannte Geschichte des Marienheims ans Licht kommt, hat mit der grossen Kontroverse

rund um Emil Bührle zu tun, die sich zunächst vor allem um seine Rolle als Kunstsammler und die Frage nach Raubkunst aus der Nazizeit drehte. Der Fall Dietfurt hat nochmals ein ganz anderes Kapitel geöffnet: Unter welchen Bedingungen wurde bei Bührle – und anderen Industriebetrieben – eigentlich gearbeitet? Und welche Rolle spielte dabei der Staat?

Die Stadt Zürich hat soeben entschieden, ihre Rolle im Fall Dietfurt näher untersuchen zu lassen (siehe Kasten). Fragen stellen sich aber auch für andere «zuweisende» Gemeinden – und für den Kanton St. Gallen:

### Stadt Zürich lanciert Studie zu Dietfurt

**Beschlüsse** Die Zürcher Politik gleist weitere Untersuchungen rund um den Grossindustriellen Emil Bührle auf. Eine davon betrifft das Marienheim und die Bührle-Spinnerei in Dietfurt – sowie vor allem die Rolle der Zürcher Behörden, die an der Einweisung von Mädchen in dieses Heim beteiligt waren. Im Gemeinderat (Stadtparlament) hatte die SP eine Studie hierzu verlangt. Bührles Reichtum habe auch aus einem «von der Stadt Zürich damals aktiv unterstützten Mädchenhandel» re-

Im St. Galler Kantonsrat hat SP-Fraktionschefin Bettina Surber die Regierung zu einer Stellungnahme aufgefordert.

### Regierung will laufende Projekte abwarten

«Zwangsarbeit war ab 1941 in der Schweiz verboten», heisst es in Surbers Interpellation. «Über Fürsorgeinstrumente wurde Unrecht behördlich angeordnet und toleriert, und einem Grossindustriellen wurde Profit mit der Arbeit von entrechteten Mädchen und jungen Frauen ermöglicht.» Surber stellte Fragen zu den damaligen Umständen in Dietfurt – und wollte wissen, ob

die Regierung bereit sei, die Geschichte aufzuarbeiten und Möglichkeiten der Wiedergutmachung zu prüfen.

Die Regierung schreibt, die Zahl und Herkunft der betroffenen jungen Frauen lasse sich nicht genau bestimmen. Das Staatsarchiv selber hat keine Akten aus dem Marienheim. Auch werde kaum danach gefragt: Dem Kanton ist nur eine Anfrage einer Person im Zusammenhang mit dem Marienheim in Dietfurt bekannt. Das könne damit zusammenhängen, dass viele Betroffene aus anderen Kantonen stammen würden. Das «traurige Kapitel» der fürsorge-

rischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz werde seit längerem intensiv aufgearbeitet, so die Regierung weiter. Doch gerade bezüglich einzelner Institutionen wie des Marienheims gebe es Forschungslücken. Ein eigenes Forschungsprojekt anstossen will die Regierung momentan allerdings nicht: Es seien bereits verschiedene Projekte in Gang, auch auf Bundesebene. In zwei Jahren werde man prüfen, welche Lücken aus St. Galler Sicht allenfalls noch zu schliessen seien. Auch bei der Wiedergutmachung für Betroffene plädiert die Regierung für ein «gesamtschweizerisch koordiniertes Vorgehen». Der Kanton St. Gallen habe sich an den Solidaritätsbeiträgen des Bundes für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen finanziell beteiligt. Auch Betroffene aus dem Marienheim Dietfurt haben Anrecht auf die Beiträge. Diese können mit Unterstützung des Staatsarchivs oder der Opferhilfe beantragt werden.

Was sagt Bettina Surber zur Antwort? «Die Regierung nimmt das Thema durchaus ernst», stellt die SP-Fraktionschefin fest. «Allerdings sollte sie nun auch einen eigenen Forschungsauftrag erteilen – zum Zusammenspiel zwischen fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Zwangsarbeit für private Unternehmen.» Es sei wichtig, das mit den involvierten Gemeinden aufzuarbeiten.

«Die St. Galler Regierung sollte einen Forschungsauftrag zu diesem Thema erteilen.»



Bettina Surber  
St. Galler SP-Fraktionschefin